Mittag-Ausgabe.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: i. V. J. Hachfeld in Posen.



Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Nr. 298

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 29. April.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 28. April, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Präsident v. Köller macht Mittheilung von dem Ableben des freikonservativen Abg. Spangenberg. Die Mitglieder erheben sich zu Ehren des Andenkens des Verstorbenen von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des **Nachtragsetats.**

Zu Begründung desselben bemerkt

Finanzminister Dr. **Miquel:** Der dem Hause zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegte Nachtragsetat ist bestimmt, die durch die allerhöchste Ernennung eines besonderen Präsidenten des preußischen Staatsministeriums geschaffenen Verhältnisse etatsmäßig zu regeln. In dem nachfolgenden Etat werden die Herren für den Ministerpräsidenten den gleichen Gehalt, wie er für die übrigen preußischen Staatsminister normirt ist, ausgeworfen finden, außerdem eine Bewilligung von Repräsentationsgeldern in gleicher Höhe, wie sie der Reichskanzler im deutschen Reiche bezieht, welche wohl einer näheren Motivirung nicht bedürfen. Die preußischen Staatsminister haben den Anspruch auf eine freie Dienstwohnung und deren Ausstattung auf Kosten des Staates. Da es gegenwärtig nicht möglich ist, ein fiskalisches Gebäude dem Ministerpräsidenten als Dienstwohnung zu überweisen, so wird eine solche angewiesen werden müssen, und sind dafür im Ordinarium 18 000 M. ausgeworfen, während für ihre Ausstattung und die vorläufige Ausstattung der Miethswohnung unter den einmaligen Ausgaben 60 000 M. gefordert werden. Ob es möglich sein wird, mit diesen jetzt veranschlagten Positionen auszukommen, hängt von Verhältnissen ab, die zur Zeit nicht übersehen werden können. Eventuell werden wir für eine etwaige Ueberschreitung die nachträgliche Genehmigung des Hauses zu fordern haben. Ich bitte Sie, dem Nachtragsetat die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilen zu wollen.

Abg. **Rickert** (dfr.): Die Situation, in welcher wir den Nachtragsetat berathen, ist eine eigenthümliche. Zum Theil ist unsere Geschäftsordnung daran Schuld, durch welche ich damals, als der Herr Ministerpräsident zum ersten Male hier vor uns erschien und seine erste Erklärung abgab, verhindert wurde, ihm sofort eine Antwort zu geben. Sie werden sich alle davon überzeugt haben, wie unvortheilhaft es ist, daß man die Herren Minister solche Monologe halten läßt, auf die niemand aus dem Hause antworten kann. Denn die Herren aus der Mehrheitspartei haben den Herrn Ministerpräsidenten mit sehr stark unartikulirten Lauten begrüßt. In meiner langen parlamentarischen Vergangenheit habe ich noch nie einen Minister mit derartigem Zischen empfangen sehen, als es dem an den Vorgängen doch unschuldigen Ministerpräsidenten ergangen ist. Sie von der Mehrheit hatten doch auch ein gewisses Interesse, diese unartikulirten Laute sofort in ein vernehmbares deutliches Deutsch zu übertragen. (Heiterkeit). Die Geschäftsordnung verbot das. Hoffentlich werden Sie meinem Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung anders gegenüberstehen.

Als kurz vor den Ferien der Nachtragsetat auf der Tagesordnung stand, beantragte Abg. Hobrecht, und zwar auf Grund einer Besprechung, die ein paar Minuten vor der Sitzung stattfand, im Namen der Vertreter aller Parteien die Vertagung. Und nun kamen zu unserer großen Ueberraschung aus der Mitte der Mehrheitsparteien Erklärungen, die nach außen den Anschein erwecken mußten, als ob Abg. Hobrecht und seine Gesinnungsgenossen und wir im Bunde die Vertagung der Diskussion beantragt hätten. Um diesen Irrthümern, welche nachher durch eine gewisse Presse geflissentlich genährt worden sind, entgegenzutreten, konstatire ich hier, daß wir, Kollege Richter und ich, damals zum ersten Mal überhaupt mit den Herren beriethen. Ich war abwesend, als die erste Verhandlung stattfand, und wie ich hörte, hat sie nicht auf Veranlassung der Nationalliberalen stattgefunden, sondern auf Veranlassung anderer Parteien, wie ich annehme, der Mehrheitsparteien. Die Herren stellten damals die Forderung an uns, wir sollten den Nachtragsetat ohne Diskussion einfach der Budgetkommission übergeben. Eine solche Unhöflichkeit gegen die Herren Minister, namentlich nachdem der Ministerpräsident gesprochen hatte, war mir und meinen Freunden unbegreiflich, so daß wir sofort dagegen opponirten, wir würden unter keinen Umständen der Ueberweisung des Nachtragsetats an die Kommission ohne Diskussion zustimmen. Herr Richter sagte den Herren, wenn sie nicht diskutiren wollten, dann sollten sie doch den Antrag stellen auf Vertagung, wie das der Brauch ist. Da stellten die Herren an uns die Zumuthung, wir sollten die Vertagung beantragen. Das konnten sie von uns nicht verlangen, und nun ist Herr Hobrecht so gutmüthig gewesen, den Antrag im Namen aller Parteien zu stellen. Und was mußten wir erleben? Er wurde vollständig bloßgestellt, als ob er die Diskussion nicht haben wollte. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, Herrn Hobrecht nicht in der Tinte sitzen zu lassen. Ich habe für die Vertagung gestimmt, aber es ist mir schwer geworden, um-so schwerer, als ich die Minister gegen die Vertagung stimmen sah. Wir haben es aber thun müssen, weil wir uns für gebunden erachteten, mehr gebunden als die anderen Herren, von denen die Idee ausging. Für die Zukunft wird uns das ein Wink sein, etwas vorsichtiger bei diesen Verhandlungen, die hinter den Kulissen stattfinden, zu Werke zu gehen. Sie werden uns nicht noch einmal in die Tinte hineinbringen, wie das diesmal der Fall war. (Lachen rechts.)

Der Ministerpräsident hat, und ich bedauere das, da er an dem Schulgesetz unbetheiligt ist, einen schlechten Empfang gehabt. Ich hoffe, daß nach dem konstitutionellen Prinzip die Herren von den Mehrheitsparteien ihr damaliges Zischen und ihre Beifallsäußerungen durch eine lebhafte oppositionelle Haltung heute rechtfertigen werden. Ich will aber dagegen Verwahrung einlegen, als ob wir damals einen besonderen Grund zur Opposition gegen den neuen Ministerpräsidenten gehabt hätten. So objektiv, wie wir dem früheren Ministerpräsidenten gegenüber getreten sind, werden wir auch diesmal handeln. (Lachen rechts.) Wir haben keinen Grund, Opposition zu machen. Wir haben eine Reihe von Jahren in friedlichem Verhältnisse mit dem jetzigen Ministerpräsidenten an der Reform der Selbstverwaltung mitgearbeitet. Das Scheitern des Schulgesetzes erfüllt uns nicht mit Trauer, das werden Sie mir wohl glauben, aber auch nicht mit besonderem Jubel. Wenn wir im Parteiinteresse hätten Wünsche äußern können, so wäre es der gewesen, daß das Schulgesetz noch eine Reihe von Wochen auf der Tagesordnung gestanden hätte. Ich glaube, die Herren von der Minorität, welche ja mit uns im Plenum und in der Kommission die Opposition gegen das Schulgesetz führten, werden mir darin zustimmen, daß dieses Schulgesetz, so unbegreiflich dessen Einbringen war, namentlich nach der Rede des Herrn v. Caprivi im vorigen Jahre, eine sehr segensreiche Wirkung gehabt hat. Es hat die Schläfer im Lande aufgerüttelt; es hat diejenigen, welche mit Vertrauenswind dahinsegelten, darüber klar werden lassen, daß in unserem Staatswesen Elemente eine Bedeutung haben. (Rufe rechts: Gott sei Dank!) die das Staatsschiff auf eine bedenkliche Klippe führen. Es war aber auch insofern sehr segensreich, als es Parteien in eine Nähe geführt hat, welche viel Inneres gemeinsam haben (Ruf rechts: Aha!) und welche durch die Politik des Fürsten Bismarck in künstlicher Weise von einander gerissen sind, Parteien, welche mit dem früheren Minister des Innern die ganze Reformgesetzgebung fast ein Jahrzehnt lang getragen haben. Dieses segensreiche Ereigniß wäre noch weiter zum Ausbruch gekommen, das Land wäre noch weiter zur Aufklärung gekommen, die Vertrauensseligkeit wäre noch mehr geschwunden, wenn das Schulgesetz noch eine Weile auf der Tagesordnung geblieben wäre. Die Herren sollen sich also nicht einbilden, daß wir beglückt sind durch den schroffen Bruch. Wir waren entschlossen, bis in den Sommer hinein in der Kommission und im Plenum Schritt für Schritt die Opposition gegen dieses verhängnißvolle Gesetz zu führen, weil wir diese Arbeit im Dienste des Vaterlandes für nothwendig erachteten, und die mit uns gearbeitet haben in der Minorität, befinden sich wohl mit uns in Uebereinstimmung. Daß das Gesetz so stillschweigend vorübergehe, das wäre Ihnen nicht gelungen (Lachen rechts). Wir hätten Paragraphen für Paragraphen mit Ihnen diskutirt und eine Session bis zum Herbst gehabt, da wären den Herren wohl selber die Sitze zu heiß geworden und Sie wären zu Ihren ländlichen Penaten geeilt, zu Stande gekommen wäre das Schulgesetz in dieser Session doch nicht.

Ich will nicht untersuchen, ob das Schulgesetz überhaupt hier eine Majorität bekommen hätte. Mir fehlt eine genaue Kenntniß der Konservativen. Daß die Konservativen eine wunderbare Schwenkung gemacht haben seit dem vorigen Jahre, haben wir in der Kommission gesehen, und wenn die Herren jetzt ergrimmt sind, daß das Schulgesetz gefallen ist, so greifen Sie in ihren eigenen Busen. Ihre schroffe Haltung in der Kommission, die den Kultusminister noch übertrumpfte, hat eine Verständigung von vornherein aussichtslos gemacht und dem Monarchen die Ueberzeugung beigebracht, daß in dieser Session und in dieser Weise eine Verständigung überhaupt nicht zu Stande kommen kann. Mir ist es auch heute noch nicht klar geworden, wie es möglich ist, daß dieselbe konservative Partei, die mit den Mittelparteien den Goßler'schen Entwurf gegen das Centrum an seinen wesentlichen Punkten in der Kommission formulirte, jetzt dem Grafen Zedlitz, der einen ganz andern dem Centrum näher kommenden Entwurf einbrachte, noch übertrumpfte, noch viel toller war wie er, eine Reihe von Verschlechterungen durchsetzte, und das alles mit dem Wunsch der Verständigung auf den Lippen.

Unser Kampf gilt nicht der Person des früheren Kultusministers. Wir haben ehrlich gekämpft mit dem Grafen Zedlitz, und wenn wir weiter nichts gegen ihn einzuwenden gehabt hätten, er wäre uns einer der liebsten Minister gewesen. Bei aller schroffen, sachlichen Opposition, die wir ihm leider machen mußten, erkennen wir in ihm einen Staatsmann an, der die Ueberzeugung eines ehrlichen Gegners achtete, aus voller innerster Ueberzeugung, der in jedem Mann auch den Menschen sah und nicht bloß den Politiker. Ihm war jene Methode ganz fern, wo man den Gegner verketzerte, ihn zu einem schlechten Menschen stempelte, weil er politisch anders dachte. Darin, glaube ich, sind alle Parteien einig, daß der Kultusminister, so schroff wir ihm auch Opposition gemacht haben, als Staatsmann und als Politiker im Verkehr mit den Abgeordneten wirklich anders war, als mancher seiner früheren Kollegen. Wenn diese Praxis, welche Graf Zedlitz im Verkehr auch mit uns von der freisinnigen Partei immer übte, und in der er seine Achtung vor unserer politischen Ueberzeugung in so wohlthuender Weise auszudrücken wußte, überhaupt Sitte werden würde im Gegensatz zu der früheren, so würde das ein Segen für unsere gesammte politische Entwicklung werden, würde der Verbitterung und einer Reihe von Kämpfen die Spitze abbrechen. Es war mir ein Bedürfniß, hier offen auszusprechen die hohe Achtung, die wir diesem Minister als Person zollen; sollte er wiederkehren mit einem solchen Schulgesetz, so würden wir ihm selbstverständlich sachlich bis aufs Messer dieselbe Opposition machen.

Das Schulgesetz, wie der neue Ministerpräsident sagt, ist für die nächste Zeit beseitigt. Wie lange es dauern wird, können wir nicht wissen. Ob die gegenwärtige Einrichtung, welche getroffen ist, einen neuen Ministerpräsidenten zu ernennen, uns vor derartigen Schwankungen und Schwenkungen, wie wir sie unter dem Ministerium Caprivi erlebt haben, bewahren wird, müssen wir der Zukunft anheimstellen. Wenn aber auch das Schulgesetz beseitigt ist, so steht doch noch eine Frage auf der Tagesordnung. Seit einem Jahrzehnt und länger hat das Haus in allen Parteien wiederholt einstimmig den Beschluß gefaßt, daß, wenn es zu einem Schulgesetz nicht kommt, man wenigstens ein Schuldotationsgesetz einbringe. (Ah! rechts und im Centrum.) Sie haben ja alle bei diesen Beschlüssen mitgewirkt, auch die Herren vom Centrum. Die Herren von der Rechten haben ganz begeisterte Reden dafür gehalten. Nun macht es doch einen eigenthümlichen Eindruck, daß, nachdem das Schulgesetz zurückgezogen war, das Hauptorgan der Konservativen — die reinliche Scheidung war wohl vor Ostern noch nicht vorgenommen, und deshalb wollten Sie die Vertagung der Diskussion (Unruhe rechts), — Herr Stöcker sieht so vergnügt aus, daß ich glaube, er hat das Bewußtsein, daß er siegen wird; er hat ja in einer Volksversammlung erklärt, Herr v. Helldorff wäre rausgeflogen, er säße aber warm im Nest. (Heiterkeit. Nach Ostern haben Sie ja Ihre Programmberathung, haben ja für die Judenfrage und für die Börsenfrage je 2 Referenten bestellt und werden sich ordentlich ins Zeug legen. Geklärt ist die Sache bisher noch nicht. (Rufe rechts: ja wohl!) Dann werden wir ja etwas darüber hören. Wenn Sie die Judenfrage in Ihr Programm aufnehmen, dann sind Sie erst die Echten. (Heiterkeit.) Genieren Sie sich durchaus gar nicht. (Rufe rechts: nein!) Die „Kreuzztg.“ hatte also die Geschmacklosigkeit, unmittelbar nach der Zurückziehung des Schulgesetzes den Lehrern vorzuhalten: Jetzt bedankt euch bei den Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen, jetzt bekommt ihr kein Gehalt mehr. Glaubt die „Kreuzztg.“ und ihre Hintermänner, daß die Lehrer so dumm sind, auf eine solche Geschichte hineinzufallen? Der Dorfschulmeister in dem finstersten Winkel Hinterpommerns (Heiterkeit) fällt darauf nicht hinein. Wir sind ja jeden Augenblick bereit, die Konsequenzen Ihrer Beschlüsse zu ziehen. Der letzte Paragraph war mir immer der liebste an dem ganzen Schulgesetzentwurf, die 9 Millionen für die Schuldotationen. Beiläufig weiß ich gar nicht, was der Finanzminister mit diesen 9 Millionen machen wird. (Heiterkeit.) In den Auseinandersetzungen über Ihr Steuerprogramm sind sie verduftet. Wie wäre es denn, Herr Finanzminister? Setzen Sie es doch bei ihren Kollegen durch, daß diese 9 Millionen der Schule erhalten bleiben. Die Minorität der Schulkommission wird mit großem Vergnügen darauf eingehen. Ich habe sofort nach Zurückziehung des Schulgesetzes mit den Herren anderer Parteien gesprochen und dringend einen Antrag gewünscht, die Regierung um möglichst sofortige Einbringung eines Schuldotationsgesetzes zu ersuchen. Ich muß ja anerkennen, daß es sehr mißlich ist, wenn ein solcher Antrag wieder abgelehnt wird. Ich habe allerdings das Zutrauen, daß der Ingrimm jener Herren nicht so weit gehen wird, daß sie ihre ganze Vergangenheit vergessen, bloß weil der Antrag von uns kommt. Ich bitte aber den Kultusminister oder den Ministerpräsidenten in dieser Beziehung eine Aeußerung zu machen. Regierung und Haus sind stark engagirt, und es wäre wunderbar, wenn die Tonart Anklang finden sollte: kein Schulgesetz, kein Dotationsgesetz, keine Herrschaft der Kirche über die Schule, keine Erhöhung der Lehrerbesoldung.

In Bezug auf die anderweitige Organisation des Ministeriums kann selbstverständlich davon, wie es Preßstimmen des Auslandes darstellen, keine Rede sein, daß dieselbe einen Einfluß ausüben könnte auf die auswärtige Politik. Die Friedenspolitik, die unter dem Reichskanzler Caprivi geführt ist, die Politik der Verkehrserleichterungen zwischen den einzelnen Nationen, wird dieselbe bleiben. Daran zweifelt auch der blödeste Politiker in Deutschland nicht. In Bezug auf die Trennung des Amtes des Reichskanzlers und des Ministerpräsidenten sind alle Parteien einig. Im Reichstag und im Herrenhaus wurde auch von hochkonservativer Seite es als eine Ueberleitung in einen Zustand der Wiedervereinigung der beiden Aemter bezeichnet. Ich gehe nicht so weit, ohne das Provisorische der ganzen Einrichtung in Abrede zu stellen. Indeß, wie die Dinge stehen, entzieht sich völlig unserer Kenntniß, ebenso, wie es möglich war, daß das Gesetz von demselben Ministerium eingebracht werden konnte, das auch den Goßlerschen Entwurf einbrachte. Die Minister haben im Ministerrath offenbar die Tragweite des Entwurfes nicht ermessen können. Wir stehen jetzt vor einer vollendeten Thatsache. Der Ministerpräsident ist vom König auf Grund des Art. 45 der Verfassung ernannt, und wir haben nicht die Absicht, die etatsmäßigen Konsequenzen abzulehnen. Die Einrichtung, daß der Herr Ministerpräsident lediglich die Geschäfte des Präsidiums zu führen hat, ohne das Rückgrat einer größeren Ressortverwaltung, scheint mir eine sehr zweifelhafte, fragwürdige und provisorische. Ich kann mir nicht denken, daß ein Ministerpräsident ohne die Hinterlage eines größeren Ressorts nur lediglich diese Geschäfte des Ministerpräsidenten wird für die Dauer vollführen können. Daß wir bei dieser Frage der anderweiten Organisation mitzureden haben, darüber besteht wohl kein Zweifel. Selbst die Konservativen werden nicht leugnen, daß auf Grund der Verfassung neben dem Ernennungsrecht des Königs es auch das Recht der Volksvertretung ist, in Bezug auf die Organisation der Verwaltung von der höchsten Spitze bis auf die unterste mitzureden. Wir haben bei den Kompetenzen mitzusprechen, und die Regierung hat das selbst bei der Uebertragung der Domänen vom Finanz- auf das landwirthschaftliche Ministerium anerkannt. Auch der Reichskanzler hat eine ganz veränderte Position. Uns interessirt hier gar nicht die Personenfrage, aber es handelt sich um die Macht, um die Kompetenzen, darum, ob der auswärtige Minister Graf Caprivi in der Möglichkeit sein wird, den deutschen Einfluß auf Preußen zu übertragen, um unser preußisches Vaterland vor einem gefährlichen und verhängnißvollen Partikularismus zu bewahren. Wir haben unter den 11 Ministern 4 ohne größeres Ressort, den Ministerpräsidenten, Vicepräsidenten, Kriegsminister und auswärtigen Minister. Als Fürst Bismarck f. Z. einen Theil seiner Funktion abgab, und Roon Ministerpräsident wurde, da war es doch anders, da behielt sich der Reichskanzler den Vortrag beim Kaiser in Sachen des Reichs und der auswärtigen Politik vor, und er war befugt, im Fall der Behinderung an der Theilnahme an einer Staatsministerialsitzung sein Votum in den das Reich berührenden Fragen unter seiner Verantwortlichkeit durch den Präsidenten des Reichskanzleramts Delbrück abgeben zu lassen. Die Sache ging aber auch nicht so weiter, und am 19. September 1879 trat Roon zurück und Fürst Bismarck übernahm das Präsidium wieder. Zugleich wurde der Finanzminister Camphausen zum Vizepräsidenten ernannt. Diese Einrichtung hat vielfach Billigung gefunden, und die Fortschrittspartei erklärte sich gegen die Bewilligung des Gehalts des Vizepräsidenten, als diese Stelle dem Finanzminister später abgenommen wurde.

Unter dem Präsidium des Fürsten Bismarck ist man so vorgegangen, daß man den Nachtragsetat vor der Ernennung des Vizepräsidenten vorlegt, und es wurde dadurch dem Hause Gelegenheit gegeben, seine Stellung in mehrtägiger Debatte klarzustellen. Interessant ist auch der Vorgang in etatsmäßiger Hinsicht im Vergleich zu dem heutigen. Im Etat 1878/79 hieß es: Der Präsident des Staatsministeriums 36 000 M., und als Bemerkung dazu: Gehalt wird zur Zeit erspart. In dem Nachtragsetat, in

welchem man die Stelle des Vizepräsidenten einrichten wollte, hieß es: „Der Präsident des Staatsministeriums ohne Gehalt", Vizepräsident des Staatsministeriums 36 000 M. u. s. w. Weshalb ist man von dieser Einrichtung abgegangen? Der Vizepräsident des Staatsministeriums, dessen Entlassungsgesuch — warum es eingereicht ist, wissen wir nicht — abgelehnt ist, ist Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär des Innern im Reich und bezieht kein Gehalt. Warum haben Sie es im preußischen Etat nun diesmal nicht ebenso gemacht wie früher unter dem Präsidium des Fürsten Bismarck? Es hätte einen besseren Eindruck gemacht, wenn Sie gesagt hätten: Präsident des Staatsministeriums Gehalt 36 000 M., Vizepräsident des Staatsministeriums ohne Gehalt. Dann hätten wir wenigstens den guten Willen gesehen. Ich kann mir nicht denken, daß von der Regierung ein Widerspruch gegen dieses Verfahren erhoben werden wird.

Ich bitte schließlich noch um Auskunft über die Stellung und Kompetenz des neuen Ministerpräsidenten zu den deutschen Einrichtungen. Der Ministerpräsident hat sich bei seiner Antrittsrede in dieser Hinsicht mit allgemeinen Redewendungen begnügt. Ueber die Organisation der Kompetenzen bleibt man im Unklaren auch nach den Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage. Herr v. Caprivi meinte, daß nichts an den Verhältnissen im Bundesrath durch die neue Organisation geändert wird. Fürst Bismarck übernahm nicht die Verpflichtung, offiziell gebunden zu sein an das Votum des preußischen Staatsministeriums hinsichtlich seiner Instruktion als Reichskanzler. Hier muß volle Klarheit geschaffen werden. Das werden alle Parteien wünschen, auch wenn man die jetzige Organisation nur als ein Provisorium ansieht. Ob das Entlassungsgesuch des Herrn von Boetticher mit den hier erörterten Dingen zusammenhängt, weiß ich nicht. Ich nehme an, daß er Stellvertreter des Reichskanzlers bleibt und bei dessen Verhinderung den Vorsitz im Bundesrathe weiter führt.

Aus meinen Ausführungen haben Sie ersehen, daß wir bereit sind, die etatsmäßigen Konsequenzen der Ernennung des Ministerpräsidenten durch den König zu ziehen und daß wir, wenn wir die nöthige Aufklärung erhalten werden, die zu fordern wir ein etatsmäßiges Recht haben, in Ruhe den weiteren Gang der Dinge abwarten werden. Das Schulgesetz ist allerdings zurückgezogen und für die nächste Zeit beseitigt. Aber es wäre Thorheit, wenn die Leute im Lande sich der Illusion hingeben wollten, daß die Gefahr beseitigt wäre. Sie wird erst beseitigt sein, wenn hinter der angeblichen Minorität, welche den Kampf geführt hat, ein starkes Volk und eine starke öffentliche Meinung sich bethätigt (Lachen rechts) und wenn vor allem diejenigen, welche ein Interesse haben an der freiheitlichen Entwicklung der deutschen Nation — in dieser Beziehung muß auch Preußen der Vorkämpfer sein, das leider jetzt in den Hintergrund gedrängt ist, — sich zusammenscharen. Dann können wir mit vollkommener Ruhe der Zukunft entgegensehen, trotzdem die kirchliche Reaktion auf allen Gebieten sich breit macht und auf dem Wege der Verwaltung erzwingen will, was ihr auf dem Wege des Gesetzes nicht gelungen ist. Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo diejenigen, welche die freiheitliche Entwicklung des preußischen und deutschen Volkes wollen, auf dem Gebiete der Schule und Gewissensfreiheit zusammenhalten müssen, dann wird diese angebliche Majorität, wie sie heute dieses Haus beherrscht, welches der letzte Niederschlag der Bismarckschen Politik ist (Unruhe und Lachen rechts), bei den nächsten Wahlen verschwinden. Wenn die Regierung die Hand von Ihnen abzieht, dann sind Sie weggeblasen, wie sich das vor zwölf Jahren zeigte. Es wäre die Pflicht aller Derjenigen, die die freiheitliche Entwickelung wollen, endlich die Streitaxt zu begraben und sich zusammenzuscharen zu einem einmüthigen Zusammengehen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **v. Rauchhaupt** (kons.): Meine politischen Freunde können sich der Befürchtung nicht verschließen, daß die Theilung der Gewalten zwischen Ministerpräsident und Reichskanzler sich als dauernde Institution nicht bewähren wird; sie glauben aber im Hinblick auf die bereits erfolgte Ernennung sich der Verpflichtung nicht entziehen zu können, das Gehalt für die bereits im Etat ausgeworfene Stelle nunmehr definitiv zu bewilligen. Sie beantragen daher Verweisung des Nachtragsetats an die Budgetkommission. Indem sie auf die Gründe der letzten Ministerkrisis nicht eingehen, können sie ihr Bedauern nicht unterdrücken, daß bei Berathung des Schulgesetzes nicht Zeit gelassen worden ist, die Gegensätze, die sich gegenüberstanden, zu überwinden (Lachen links) und eine Verständigung herbeizuführen, welche ein befriedigendes Resultat hätte erwarten lassen. Diese Erklärung haben meine politischen Freunde mich beauftragt abzugeben.

Abg. Frhr. **v. Huene** (Ztr.): Meine politischen Freunde können sich nicht mit einer so kurzen Erklärung begnügen, wie die konservative Partei. Nicht die Mehrheitsparteien, sondern Herr v. Kardorff, ein Mitglied der Minderheitsparteien, hat gebeten, von einer Erörterung Abstand zu nehmen. Meine Partei war von vornherein der Meinung, daß wir auf eine allgemeine Erörterung bei der Diskussion nicht verzichten können.

Herr Rickert jubelt zwar nicht über das Scheitern des Schulgesetzes, aber er ist auch nicht traurig. Ich hoffe, daß er zuletzt die Partie nicht gewinnen wird. Es wäre höchst bedauerlich, wenn die Anschauungen Geltung erlangen sollten, die Herr Rickert bezüglich der Schulen vertreten hat. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Wie weit sein Aufruf an die vereinigte liberale Partei Erfolg haben wird, wollen wir abwarten. Wenn er sich aber der Gesetzgebung gerühmt hat seit dem Jahre 1868, so hat er Unrecht gethan, denn diese Gesetzgebung hat den Kulturkampf herbeigeführt, unter dessen volksvergiftender Wirkung wir noch heute stehen. (Abg. **Rickert:** Ich habe nur von der inneren Reform gesprochen.) Sie haben von der Gesetzgebung überhaupt gesprochen, und wie Sie verantwortlich sind für die Verwaltungsgesetze, so sind Sie auch verantwortlich für die Kulturkampfgesetze. Herr Rickert verlangt ein Schuldotationsgesetz. Verstehen Sie darunter die Verbesserung der Lehrergehälter, nun, so erwidere ich, daß schon seit einer Reihe von Jahren in dieser Beziehung viel geschehen ist. Verstehen Sie darunter die Erleichterung der Gemeinden, so sind ihnen 26 Millionen gegeben worden. Verstehen Sie darunter die Organisation des gesammten Schulvermögens, da werden wir wieder wegen konfessioneller Fragen in Konflikt kommen; das haben ja die Verhandlungen in der Volksschulkommission gezeigt.

Wir bedauern den Rücktritt des Grafen Zedlitz, weil wir ihn für einen großen Verlust für die Sache halten. Wir sprechen ihm hier unseren Dank aus (Bravo!), weil er hier im Hause den christlich-konservativen Standpunkt mit einer solchen Entschiedenheit vertreten hat. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Das wird ihm das katholische Volk nicht vergessen. Nun weiß ich, daß es nicht bequem ist, vom Zentrum gelobt zu werden. Man spricht ja in der Presse vom Abschütteln des Zentrums, vom Reichskanzler von Zentrum's Gnaden u. s. w. Wir legen darauf keinen Werth. Wir haben das Selbstbewußtsein, daß wir sehr wichtig sind für die Regierng. Ein Rückblick auf die Vergangenheit wird der Regierung zeigen, daß die Zustimmung des Zentrums für manche Vorlage doch sehr wichtig ist.

Das Schulgesetz wäre in Preußen ein Bollwerk gewesen zum Schutz der christlichen Gesinnung in Volk, Gesellschaft und Staat. Der neue Kultusminister hat nun im Herrenhause kurz seinen Standpunkt präzisirt, und die Anerkennung, die ihm dort geworden ist, ist ihm auch in weiten Kreisen des Landes geworden. (Zustimmung rechts.) Der Ministerpräsident hat noch keine Stellung genommen, er hat sich nur negativ eingeführt. Ich sage mir aber, der Ministerpräsident und der Kultusminister sind zusammen in das Ministerium eingetreten. Der Kultusminister wird im Herrenhause nicht haben sprechen können, ohne sich der Zustimmung des Ministerpräsidenten zu versichern. Ich werde das also bis zum Beweise des Gegentheils annehmen. Gegenüber der apodiktischen Erklärung des Ministerpräsidenten muß ich aber auch deutlich sein. Wir sind nicht der Meinung, daß die Vereinigung der beiden Aemter jetzt mit einem Male die Leistungsfähigkeit eines Einzelnen übersteigt. Das Schulgesetz soll scharfe Gegensätze haben hervortreten lassen. Glaubt denn der Herr Ministerpräsident, daß durch die Zurückziehung des Schulgesetzes die Gegensätze vermittelt sind? (Beifall rechts.) In einem Lande, wo die Sozialdemokratie stetig zunimmt, in einem Lande, wo der Unglaube, die sogenannte Kultur — (Stürmische Heiterkeit links) stetig wächst, muß der Staat einen solchen Kulturkampf, wie man es genannt hat, führen mit dem Volksschulgesetz, wenn er seine Existenz nicht aufgeben will. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum). Das Schulgesetz würde ein klares Programm geben, um das sich alle Freunde schaaren können, und dann würde man sehen, wo die Mehrheit des Landes ist. (Abg. **Rickert:** Weshalb sind Sie gegen die Auflösung?) Wenn das Abgeordnetenhaus aufgelöst wird, kommen wir wieder, wer von Ihnen wiederkommt, wissen wir nicht. (Lachen links).

Der Ministerpräsident sagte, die Verhandlungen in der Kommission haben zu einer Verständigung nicht geführt. (Abg. **Rickert:** Sehr richtig!) Sehr unrichtig! (Heiterkeit.) Welche Majorität will die Regierung denn haben? Man hat die Landgemeindeordnung mit ganz kleiner Majorität durchgebracht, hat sie genommen, und hat dann nicht gesagt: es war keine Verständigung da. (Heiterkeit.) Dasselbe war bei dem Steuergesetz hier. Man bekommt den Eindruck, als ob es bei manchen Vorlagen heißt, wir müssen eine Majorität haben, und bei manchen Vorlagen, wir müssen eine gewisse Majorität haben, (Sehr richtig!) gewisse Parteien; bei manchen Vorlagen braucht man das Centrum, bei manchen will man das Centrum und noch einige Parteien dazu; nicht wahr? (Heiterkeit) Wer uns zumuthet, uns mit den Mittelparteien zu verständigen auf Grund der von diesen eingebrachten Anträge, der verlangte allerdings, daß wir unsere innerste Ueberzeugung aufgeben sollten, und das konnte Niemand fordern. Man war doch sonst nicht so schüchtern dem Centrum gegenüber. Die Handelsverträge wären ohne uns nicht angenommen worden. Man hat sich also Vieles von uns allein geben lassen. Allerdings mußte die Voraussetzung sein, daß die Regierung selbst auf dem Boden ihrer Vorlage feststand. Wir, wie die Konservativen, haben durchaus an unserem Standpunkt festgehalten, auch die Erklärung des Herrn v. Rauchhaupt steht damit nicht im Widerspruch, wenn ich sie auch etwas schärfer gewünscht hätte. (Heiterkeit.) Was für wesentliche Bedenken hinderten denn eine Verständigung? Die Frage der Privatschulen doch sicher nicht, und an der finanziellen Frage wäre die Sache auch nicht gescheitert. Nur in Bezug auf die Dissidenten wurde eine prinzipielle Aenderung vorgenommen, darum brauchte aber die Regierung das Gesetz doch nicht aufzugeben. In erster Reihe handelte es sich bei dem Gesetz um die Einführung eines konfessionell korrekten Religionsunterrichts, nach den Satzungen der Konfession, und wenn man das wollte, konnte man auch die Mittel zur Ausführung finden. Für uns ist immer die Hauptfrage: in wessen Namen wird der Religionsunterricht inhaltlich ertheilt? Der Inhalt ist nicht Sache des Staats, sondern der Kirche. Dazu kommt, daß nicht nur die Kirche, sondern auch die Eltern ein Anrecht auf einen guten Religionsunterricht der Kinder haben. Die jetzigen Kulturverhältnisse sind traurig genug, ich weise nur auf Frankreich hin, und es ist Zeit, daß man die Religion in die Schulen einführt.

Ich glaube hiermit bewiesen zu haben, daß die Ausführung des Ministerpräsidenten, daß eine Verständigung über das Gesetz nicht möglich war, dem, was wir über die Sache wissen — und wir können es besser wissen — nicht entspricht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich hoffe aber für die Zukunft, daß das Ministerium in echt konservativem Geiste die Schulfrage weiter behandeln wird. Wir werden unter allen Umständen das Recht auf religiösen Unterricht in der Schule verlangen und hoffen dabei auf die Unterstützung der katholischen Bevölkerung. (Beifall im Zentrum.)

Ministerpräsident Graf **Eulenburg:** Als der Kultusminister und ich in das Amt eintraten, war das Volksschulgesetz schon in eine Lage gerathen, daß es sich kaum um eine weitere Berathung desselben handeln konnte. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Ich trete Ihnen damit in keiner Weise zu nahe. Nachdem Graf Zedlitz seinen Abschied genommen hatte, konnten Sie nicht erwarten, daß irgend ein Kultusminister ohne weiteres in die Berathung dieses Entwurfes eintreten würde. In dieser Situation traten wir in das Amt, und wenn wir auf die weitere Berathung des Gesetzes kein Gewicht legen konnten, so zogen wir eben nur das Facit aus der vorhandenen Situation, an deren Herbeiführung wir in keiner Weise verantwortlich waren. Mit Unrecht macht man uns also daraus Vorwürfe. Bei allen Gesetzen erfolgt die Verständigung ja schließlich doch immer durch Abstimmung, sowohl im einzelnen wie im ganzen. Es giebt aber Fälle, wo man sich fragen wird, ob durch die durch Abstimmung erfolgende Entscheidung ein Ergebniß erzielt wird, mit dem man zufrieden sein kann. Die Meinungsverschiedenheiten und die Gegensätze werden durch Abstimmung nicht ausgeglichen und beseitigt. (Unruhe im Zentrum.) Der Kampf wird weiter geführt werden müssen auf diesem Gebiete, so lange ein politisches Leben besteht. Aber es ist für die Regierung eines Staates von sehr großer Bedeutung, ob auch durch die Abstimmung ein Ergebniß erzielt wird, mit dem auch der unterliegende Theil sich zufriedengeben kann.

Ich erinnere an die Berathung der Novelle zum Kirchengesetz von 1886, wo Fürst Bismarck das gleiche Bedenken hegte gegen die Anschauung großer Kreise anzustoßen. Aus der Zurückziehung des Schulgesetzes kann kein Präjudiz für die Stellung der Regierung zu diesen Fragen gezogen werden. Vielmehr ist ausdrücklich gesagt worden, daß die weiteren Schritte auf diesem Gebiete näherer Erwägung vorbehalten bleiben, und diese Erwägung kann unmöglich schon abgeschlossen sein.

Gegen den Nachtragsetat sind materielle Bemängelungen bisher kaum ausgesprochen worden. In dieser Beziehung ist daher nichts zu sagen. Um so mehr ist dagegen in Frage gestellt worden, ob die Einrichtung, welche in der Organisation des preußischen Ministeriums jetzt getroffen ist, in Wegfall kommen wird. Herrn Rickert bitte ich zunächst, von der Ansicht abzugehen, als ob diese Organisation eine provisorische ist. Er hat auch wohl weniger gemeint, eine provisorische, als eine nicht dauernde. Da kann ich zunächst mit dem Frhrn. v. Hüne nur sagen: Abwarten! Ich glaube jedenfalls, daß die Einrichtung überhaupt gar nicht den Keim in sich trägt, eine vorübergehende oder anfechtbare zu sein. Ich glaube den Nachweis führen zu können, daß die Einrichtung, namentlich was die Trennung des Amtes des preußischen Ministerpräsidenten von dem Amte des Reichskanzlers betrifft, die Voraussetzung der Dauer in sich trägt. Als Fürst Bismarck die Aemter vereinigte, verging kaum ein Tag, wo nicht Klage über die Häufung der Geschäfte geführt wurde, und darüber, daß Alles auf eine Persönlichkeit zugeschnitten worden, so daß es für einen Nachfolger kaum möglich sein würde, die Arbeiten zu bewältigen. Die damaligen Klagen hatten viel für sich, und Sie können nun nicht erstaunt sein, daß, wenn ein Anlaß zur Regelung dieser Frage gegeben ist, eine Entlastung der Aemter herbeigeführt wird.

Ueberschätzen Sie die Personenfrage nicht. Die Zahl der Personen, welche geeignet und geneigt sind, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen, ist nicht groß. Es ist dringend erforderlich, daß die Person des Reichskanzlers, in dessen Hand die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands liegt, nicht einem häufigen Wechsel unterliegt. Für mich ist diese Erwägung wesentlich bestimmend gewesen, mein Amt zu übernehmen, um das Verbleiben des Reichskanzlers in dem seinigen zu erleichtern. Nachtheile, die aus der Trennung der beiden Aemter entstehen, nachzuweisen, ist sehr schwer. Die Interessen des Reichs und Preußens laufen so sehr in gleicher Richtung und sind so sehr auf einander angewiesen, daß in dieser Beziehung ein Widerstreit schwer sich ergeben wird. Ferner ist sowohl der Reichskanzler wie sein Stellvertreter Mitglied des preußischen Staatsministeriums und endlich: glauben Sie, daß ein Minister dazu übergehen könnte bewußt eine Politik zu treiben, welche zum Nachtheil des einen oder anderen Theils gereichen könnte? Ich halte das für ausgeschlossen. Nun können ja, wenn auch nicht über die Ziele so doch über die Mittel und Wege Meinungsverschiedenheiten entstehen, und da glaubt man, daß der Zwiespalt in einer Brust leichter auszugleichen ist als in zwei Seelen. Aber wenn man vor allem überzeugt ist, daß ein gutes Resultat nur durch ein vertrauensvolles Zusammengehen erreicht werden kann, so ist die Hoffnung nicht aufzugeben, daß dieses Resultat sich wird erreichen lassen auf dem jetzigen Wege, und von den gegenwärtigen Personen ist es nicht zu bezweifeln, daß ein solches Zusammenarbeiten fortbestehen wird. Aber dergleichen Meinungsverschiedenheiten waren ja auch bisher nicht ausgeschlossen, und zwar zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Staatsministerium. Die Folge bei einer ernstlichen Differenz war dann die, daß, wenn nicht das preußische Staatsministerium, so der preußische Ministerpräsident und der Reichskanzler weichen mußte. Jetzt braucht bloß einer zu weichen.

Nun hat Herr Rickert die Frage angeregt, in welcher Weise sich die Beziehungen zwischen Preußen und Reich formell ergeben werden. Bestimmte Reglements bestehen nicht, aber auf Grund der Praxis und einzelner Vorschriften kann ich Folgendes anführen: Die preußische Stimme im Bundesrath ist abzugeben vom preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten. In diesem Falle wird also auch der Reichskanzler die preußische Stimme im Bundesrathe führen. In allen laufenden Geschäften wird er nach seinem Ermessen handeln können. In allen wichtigen Angelegenheiten und namentlich in allen wichtigen gesetzgeberischen Angelegenheiten, die von Preußen ausgehen, wird er sich aber in Uebereinstimmung halten müssen mit dem preußischen Staatsministerium. Damit ist alles gesagt, was darüber zu sagen ist.

Die Stellung des Ministerpräsidenten ohne Ressort ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Selbst in denjenigen Ländern, wo man einer oder der andern Gestaltung den Vorzug gegeben hat, kommen zahlreiche Ausnahmen vor. Z. B. in England, wo es zugleich die Regel ist, daß der Premier nicht Ressortminister ist, ist diesmal eine Ausnahme, indem der jetzige Premier zugleich Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist. Bei uns ist in der Regel das Entgegengesetzte befolgt worden. Aber wir haben doch bereits 4 oder 5 mal längere oder kürzere Ausnahmen von diesem Verhältniß gehabt. Der Präsident des preußischen Staatsministeriums hat nicht blos den Vorsitz zu führen und die Stimmen zu zählen. Seine Aufgabe ist es, für den regelmäßigen Gang der Geschäfte zu sorgen und die Gesammtverantwortung des Staatsministeriums, soweit möglich, zu repräsentiren. Die Meinung, daß dieses Amt ein so unbedeutendes sei, entbehrt darum der Begründung.

Kultusminister Dr. **Bosse:** Ich befinde mich mit dem Herrn Ministerpräsidenten in der vollkommensten Uebereinstimmung. Ich hätte auch ohne ausdrückliche Aufforderung es für natürlich gehalten, wenigstens in allgemeinen Zügen über die Gedanken, mit denen ich in das Ressort getreten bin, mich zu äußern. Programmatische Erklärungen über Einzelheiten der prinzipiellen Ressortverhältnisse können Sie von mir freilich nicht erwarten. Solche Erklärungen auf Grund einer Verwaltung von wenigen Wochen und der ersten impulsiven Eindrücke, die ich gewonnen habe, könnten mir freilich später parlamentarisch sehr unbequem werden (Heiterkeit), aber der Landesvertretung würde damit schwerlich gedient sein. Denn wenn ich mich jetzt geirrt habe, so würde mir als ehrlichem Manne doch nichts übrig bleiben, als später vor Sie hinzutreten und meinen Irrthum einzugestehen. Ich bin überzeugt, ich würde damit bei Ihnen weiter kommen, als mit einer falschen Konsequenzmacherei, die doch nur einen formalen Werth hat.

Die Vorlegung eines neuen Schulgesetzes können Sie in diesem Augenblick von mir doch nicht erwarten. Wir kommen eben aus der Zeit eines erregten Kampfes, und die Fragen, um die es sich dabei handelt, sind z. T. wenigstens noch unentschieden. Nun muß freilich jeder Unterrichtsminister in Preußen, mag er heißen, wie er will, über kurz oder lang auf den Wunsch zurückkommen, gewisse wichtige Zweige auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung durch eine klare gesetzliche Ausgestaltung zu regeln. Das wird aber jeder, der nicht ganz ungerecht gegen mich sein will, mir zugeben, daß es nach einer Verwaltung von wenigen Wochen unmöglich ist, über diese entscheidenden Fragen diejenigen thatsächlichen Informationen zu finden, die gerade auf diesem Gebiete für ein gewissenhaftes gesetzgeberisches Vorgehen erforderlich sind.

Nun liegt die Frage nahe genug, auch für mich, ob es nicht wenigstens gut wäre, ein Schuldotationsgesetz aus der Vorlage herauszuschälen und noch jetzt zur Berathung zu stellen. Ein Dotationsgesetz, das einen geebneten und gepflasterten Weg für die Verwaltung und Weiterentwicklung des Volksschulwesens schaffen soll, muß in erster Linie die Fragen entscheiden: wer soll in Zukunft der gesetzliche Träger der Schulunterhaltungspflicht sein, welchen Umfang soll die Unterhaltungspflicht haben, wie ist es mit dem Schulvermögen überhaupt? Wir müßten aber mit einem entscheidenden Schritt in dieser Beziehung wieder in jenen großen prinzipiellen Schulstreit hineingelangen (Sehr richtig!). Die Gründe, die der Vorlegung eines Schulgesetzes zur Zeit im Wege stehen, hindern auch mich, wenigstens alsbald ein Schuldotationsgesetz einzubringen. Dazu kommt noch ein erheblicher Grund. Die Frage der Dotation der Schule steht augenscheinlich im engen Zusammenhang mit dem voraussichtlich für die nächste Session bevorstehenden Abschluß unserer Steuerreform. Erst daraus werden sich die Grundlagen für das künftige Schuldotationsgesetz ergeben. Deshalb müssen Sie der Regierung für die Entscheidung der Frage, wann sie ein Volksschulgesetz und ein Schuldotationsgesetz einbringen wird, vollkommen freie Hand geben.

Aus dieser Erklärung ergiebt sich der Weg, der für die Unterrichts-Verwaltung in der nächsten Zeit vorgeschrieben ist, ganz von selbst, nämlich der Weg einer ruhigen, sachlichen, gerechten und unparteiischen Verwaltung an der Hand der durch die Verwaltung gegebenen Direktiven, der bereits bestehenden Gesetze und einer langjährigen, einen gewohnheitsrechtlichen Charakter tragenden Praxis. Die Unterrichtsverwaltung wird unablässig bemüht sein, auf dem Verwaltungswege auch ferner die Besoldung der Lehrer zu verbessern. Es wird mir die größte Genugthuung sein zu beweisen, daß auch im Verwaltungswege sich manches erreichen läßt, wenn derselbe auch ein bescheidener ist.

An der von mir im Herrenhause abgegebenen Erklärung habe ich nichts zu ändern; sie entspricht durchaus der Wirklichkeit. Gewissenszwang ist das letzte, was ich will. Was ich will und wollen muß, weil es dem Geist der preußischen Unterrichtsverwaltung entspricht, das ist eine versöhnliche, ausgleichende Wirksamkeit, die zu einer Verständigung zu führen geeignet ist. (Beifall).

Abg. **Hobrecht** (nl.): Der Antrag auf Vertagung der Diskussion über den Nachtragsetat im vorigen Monat ist nicht von unserer Partei ausgegangen. Die Situation war mir eigentlich nur wegen des Widerspruchs meiner Freunde peinlich, sonst nicht im Mindesten. Das wird doch Niemand bezweifeln, daß die Konservativen auch damals schon im Stande waren, die Erklärung abzugeben, die sie heute abgegeben haben (Sehr gut!).

Wir wissen Alle, wie die Verbindung des Postens des Reichskanzlers und des Ministerpräsidenten entstanden ist. Einen verfassungsmäßigen, dauernden Charakter hat diese Vereinigung nicht gehabt. Trennung und Wiedervereinigung hatten persönliche Gründe. Für die Vereinigung sprachen erhebliche sachliche Gründe. Die Frage, ob es nicht möglich ist, innerhalb der Reichsverfassung einen anderen Ausweg zu finden zur Erleichterung des allerdings überbürdeten Reichskanzlers, will ich hier nicht erörtern, da das Sache der Reichspolitik ist. Die Trennung der beiden Aemter hat möglicherweise keine Nachtheile, vielleicht hat sie vom preußischen Standpunkte sogar gewisse Vortheile. Kollisionen zwischen preußischen Staatsinteressen und denen anderer Bundesstaaten sind nicht zu befürchten.

Was das Volksschulgesetz betrifft, so wird das Scheitern desselben nur von einem sehr kleinen Theil der Bevölkerung, nur von denen, deren Ideal es gewesen ist, aus der konservatiren Partei in Preußen ein evangelisches Zentrum zu machen, bedauert. (Beifall links.) Im allgemeinen Landesinteresse ist die Zurückziehung des Entwurfs ein Glück. Es ist kein Staatsgesetz denkbar, welches die Ansprüche der Kirche zugleich begrenzen und befriedigen kann. An diesem inneren Widerspruch muß ein allgemeines Volksschulgesetz scheitern, und dieser Versuch wird in diesem Jahrhundert nicht wiederholt werden. Erfreulich ist, daß in den Kämpfen um die Schule zwischen Nationalliberalen, Freisinnigen und Freikonservativen ein besseres Verständniß für die gemeinsamen Interessen derselben eingetreten ist als bisher. (Beifall bei den Nationalliberalen und links.)

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Die Erklärung des Herrn von Rauchhaupt läßt manches zu wünschen übrig. Darin beklagen sich die Konservativen, daß ihnen nicht Zeit zur Verständigung gelassen worden ist. Verständigung mit wem? Nach dem Eindruck, den ich gewonnen habe, ist von den Konservativen Verständigung nur mit dem Zentrum gesucht worden und nicht mit uns. Herr von Rauchhaupt persönlich hätte wohl den Wunsch gehabt, sich mit uns zu verständigen, denn sein Standpunkt ist nicht der von Stöcker und Hammerstein. Aber er war nicht da, und in der Kommission haben wir immer nur das Beispiel sich wiederholen sehen, daß, wenn Anträge von uns gestellt wurden, selbst wenn sie wohlwollend von den Konservativen beurtheilt worden sind, diese wohlwollende Beurtheilung sich nie zur Zustimmung verdichtete, sobald Herr von Hüne aufstand und sagte: Die Sache ist für uns unannehmbar. Herr von Rauchhaupt konnte seinen Einfluß leider nicht ausüben, aber wenn er es versucht hätte, so würde ihm das Schicksal des Herrn v. Helldorff zu Theil geworden sein, (Lachen rechts.) Ja, noch niemals ist ein Führer so schlecht behandelt worden wie Herr v. Helldorff von den Deutsch-Konservativen. (Abg. **Rickert**: Er verdient die Strafe!) Ja wohl, aber wegen seines Verhaltens in den Handelsverträgen. (Heiterkeit.)

Man schiebt die Schuld für die Entfremdung zwischen den Konservativen und Freikonservativen auf Freiherrn v. Zedlitz, der in zu schroffer Form seine Ansichten vertreten habe. Das war nicht der Fall. Frhr. v. Zedlitz, unser Mitglied, hat nur bestimmt und klar die Grenze gezogen, die inne gehalten werden müßte, wenn der Gesetzentwurf die Zustimmung der Freikonservativen finden sollte. Von einer schroffen Form weiß ich nichts. Der Reichskanzler unterschied sogar zwischen Chrkstenthum und Atheismus. Der Goßlersche Entwurf stand auch auf christlichem Standpunkte, aber wenn man Herrn v. Hüne hörte, so hätte man glauben sollen, daß die Anhänger desselben alle Atheisten wären. Unter Bismarck wäre weder der Goßlersche noch der letztjährige Entwurf eingebracht worden, denn Bismarck wußte, daß ein solcher Entwurf eine Spaltung zwischen den Parteien herbeiführen würde, auf welche er sich stützte. Er würde auch aus diesem Grunde nicht die Landgemeindeordnung und das Einkommensteuergesetz eingebracht haben. (Heiterkeit links.)

Die konservative Partei ist schon weit von ihren bisherigen Grundsätzen abgewichen. In dem Volksschulgesetz hat sie für die Schul-Deputation das allgemeine direkte Stimmrecht einführen wollen. Wir haben nicht dagegen gesprochen, weil Abg. Richter die Frage ausführlich genug behandelt hatte. Aber glauben Sie, daß Sie dann die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts im politischen Leben überhaupt hindern werden? Die Agitation des Abg. Stöcker in Sachsen zu Gunsten des antisemitischen Kandidaten gegen den Kartellkandidaten entspricht auch nicht der konservativen Tradition. Herr Stöcker ist überhaupt viel zu maßlos in seinen Angriffen, z. B. wenn er sagt, das große liberale Bürgerthum habe ganz Deutschland demoralisirt und verseucht.

Die Revolution werden Sie durch Kirche und Altar nicht bekämpfen. Sie sehen, die Ursache der französischen Revolution in dem Atheismus. Die Puritaner in England, die ungefähr auf dem Standpunkt des Abg. Stöcker gestanden, haben ja auch kein Bedenken getragen, ihren König Karl zu köpfen.

Was die staatsrechtliche Seite der Frage der Trennung des Amtes des Ministerpräsidenten vom Reichskanzleramt anbelangt, so sehen wir eine Gefahr in der Beziehung, daß der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in wirthschaftlichen und sozialen Fragen votirt, ohne sich mit dem Staatsministerium in Uebereinstimmung zu bringen. Doch ist bei den gegenwärtigen Personen keine Gefahr vorhanden. Ich bin überzeugt, daß die Zurückziehung des Schulgesetzes nicht Gefahren bringen wird, sondern sich von großem Vortheil erweisen wird. (Beifall bei den Freikonservativen.)

(Schluß im vergrößerten Abendblatt.)

Lokales.

Posen, den 29. April.

br. **Die Versammlung des Vereins Posener Hausbesitzer** findet nicht, wie im Morgenblatt angegeben, im Wiltschkeschen Restaurant, sondern heute Abend 8 Uhr im Restaurant Gürich, Alter Markt 85, statt.

Telegraphische Nachrichten.

Danzig, 28. April. Bei der heute hier begonnenen Ziehung der Marienburger Schloßlotterie fiel der erste Hauptgewinn von 90000 Mark auf Nr. 35930, der dritte Hauptgewinn von 15000 Mark auf Nr. 108970.

Aachen, 27. April. In der Tuchfabrik von F. und M. Meyer in Burtscheid haben etwa 300 Weber die Arbeit niedergelegt.

Leipzig, 28. April. Das Reichsgericht hat die von den Redakteuren Fusangel und Lunemann gegen das in dem Bochumer Steuerprozeß ergangene vorinstanzliche Urtheil eingelegte Revision verworfen.

Wien, 28. April. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, ist Graf Hartenau zum Generalmajor befördert worden.

Abgeordnetenhaus. Das Landesgericht Wien sucht die Genehmigung nach zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Pernerstorffer wegen Störung der öffentlichen Ruhe, begangen durch aufreizende Reden in zwei Versammlungen. Der Abgeordnete Tilser bringt den mit 41 Unterschriften versehenen Antrag der Jungczechen ein, den Justizminister Schönborn wegen Verletzung der bestehenden Gesetze durch die Verordnung über die Errichtung eines Bezirksgerichtes in Weckelsdorf in Anklagestand zu versetzen. Der Abgeordnete Pacak beantragt die Aufhebung der Justizministerial-Verordnung betreffend die Errichtung eines Bezirksgerichtes in Weckelsdorf. Graf Terlago interpellirt den Finanzminister, welche Maßregeln die Regierung zu ergreifen gedenke, falls Italien von der Weinzollklausel des Handelsvertrags Gebrauch machen sollte.

Der Antrag Tilser beschuldigt den Justizminister der vorsätzlichen Verletzung des Gesetzes, welches die Einholung eines Gutachtens des böhmischen Landtags bei Veränderungen der Bezirksgerichte vorschreibt; ferner der Verletzung des verfassungsmäßigen Rechtes des böhmischen Landtages, welcher ein Gutachten nicht erstattet, nicht einmal verhandelt habe.

Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung antwortete der Handelsminister auf die Interpellation des Abg. Richter betreffend die Anschuldigungen gegen die Wiener Privat-Telegraphengesellschaft, es sei die Einleitung von strafgerichtlichen Erhebungen beschlossen und ein Staatsbeamter zum Betriebsdirektor ernannt worden. Nach der Abschätzung der Telephonanlagen sei die Einlösung derselben durch den Staat beabsichtigt.

Petersburg, 28. April. Die Newa ist nunmehr ganz eisfrei; die Passage zum Meere ist jedoch noch gesperrt.

Die „Nowoje Wremja“ drückt ihr Befremden darüber aus, daß die Pariser Geschworenen nicht den Muth gehabt hätten, Ravachol zum Tode zu verurtheilen. Dieses Verhalten der Geschworenen dürfte die in Freiheit befindlichen Gesinnungsgenossen Ravachols nur zu neuen Unthaten aneifern. Für die französische Regierung sei das Urtheil um so bedauerlicher, weil es abfällige Kritiken über die Ordnung in Frankreich zur Folge haben werde.

Kopenhagen, 28. April. Der ehemalige Ministerpräsident Lehnsgraf von Holstein-Holsteinborg ist heute Nachmittag gestorben.

Paris, 28. April. Der „Figaro“ theilt aus einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Loubet mit, derselbe habe sich dahin ausgesprochen, jetzt ernte man die Früchte der seit einer Reihe von Jahren geduldeten uneingeschränkten Freiheit der Rede und der Feder; diesem Mißbrauch wolle er entgegentreten und sei entschlossen, den Kampf fortzusetzen, dies sei das einzige Mittel, mit dem Anarchismus ein Ende zu machen. Für den 1. Mai besorge er nichts, Frankreich werde an diesem Tage sicherlich das ruhigste Land Europas sein; im Uebrigen seien alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um Persönlichkeiten, welchen Drohbriefe zugegangen, zu beschützen. Die Regierung sei fest entschlossen, ohne Schwäche ihre volle Pflicht zu thun.

Paris, 28. April. Die Vorlage des Ministers des Innern Loubet über Entschädigung für die durch die anarchistischen Explosionen herbeigeführten Verluste wird sich nur mit den bisherigen Explosionen beschäftigen, ohne eine Entschädigungspflicht für die Zukunft zu verallgemeinern.

Paris, 28. April. Nach Mittheilungen aus Saint Etienne haben in Sangeac (Departement Haute-Loire) 6 Feuersbrünste stattgefunden, welche böswilliger Brandstiftung zugeschrieben werden. In der vergangenen Nacht wurde durch eine mit Explosivstoff gefüllte Büchse ein neuer Brand hervorgerufen. Die Bevölkerung ist in Folge dessen in großer Erregung.

Brüssel, 28. April. Im Senate kündigte der Minister für Industrie und öffentliche Arbeiten de Bruyn die Einbringung eines dem Schutze der öffentlichen Sicherheit dienenden Gesetzentwurfes an, betreffend die Herstellung und den Verkauf und Handel mit Dynamit.

London, 28. April. Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen Lowther erklärte, weder die Regierung noch die britisch-ostafrikanische Gesellschaft habe Informationen erhalten, welche die Blättermeldungen vom 26. d. M. hinsichtlich der Vorgänge in Uganda bestätigten. Die Agenten der Gesellschaft seien angewiesen, etwaige authentische Informationen zu telegraphiren. Die von Portal übermittelten neuesten Nachrichten in einem Briefe des Bischofs Tucker an ihn sprächen nur von gewöhnlichen Schwierigkeiten zwischen den rivalisirenden Parteien in Uganda. Diese Meldung vom 8. Dezember datire später als die etwas sensationellen Berichte der französischen Missionäre. Die Ostafrikanische Gesellschaft habe in Privatbriefen Klagen über eine ungehörige Begünstigung der Katholiken seitens der Beamten der Gesellschaft erhalten. Es sei guter Grund anzunehmen, daß Lugard vermieden habe dem britischen Agenten in Zanzibar die geringste Parteilichkeit nach der einen oder andern Seite zu zeigen; Portal habe einen kurzen Besuch in Witu abgestattet, der jedoch mit den angeblichen Unruhen in Uganda nicht in Zusammenhang stehe.

Philadelphia, 28. April. Zum Brande im Zentraltheater liegen noch nachstehende Meldungen vor. Die Darsteller und das Publikum wurden von einer förmlichen Panik ergriffen und stürzten den Ausgängen zu, wobei sich unter der Menge ein förmlicher Kampf ums Leben entspann. Ein Mann zog sein Taschenmesser und bahnte sich den Weg, indem er alle vor ihm Stehenden niederschlug. So viel bis jetzt verlautet, sollen 6 Schauspieler todt, gegen 70 Männer und Knaben, darunter viele schwer, verletzt sein. Mehrere Personen sollen in Folge der Brandwunden erblindet sein. Die benachbarten Bureaus der „Times“ sind mitabgebrannt, der Brandschaden wird auf nahezu eine Million Dollars geschätzt.

Newyork, 28. April. Die Konventionen von New-Jersey, Maine und New-Hampshire, welche gestern behufs Wahl der Delegirten für die republikanische Nationalkonvention abgehalten wurden, nahmen Resolutionen an, durch welche die Verwaltung des Präsidenten Harrison gut geheißen wird. Die Delegirten von Nebrasca sind instruirt, für Harrison zu stimmen, die Delegirten von Colorado werden, wie es heißt, für Blaine stimmen und jedem Kandidaten entgegentreten, welcher nicht die unbeschränkte Silberausprägung befürwortet. Im Staate Illinois ist man für die Wahl Clevelands.

Handel und Verkehr.

** **London**, 28. April. Die Bank von England hat heute den Diskont von $2\frac{1}{2}$ auf 2 Prozent herabgesetzt.

** **Bradford**, 28. April. Wolle ruhig, aber stetig, Garne belebt, jedoch ruhiger als vorige Woche. Mohair und Alpacas theurer.

** **Newyork**, 27. April. Die Börse Anfangs etwas niedriger, war durchweg schwach, zum Schluß allgemein schwach. Der Umsatz der Aktien betrug 127 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 2 600 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 55 000 Unzen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1892.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Celf. Grad
28. Nachm. 2	753,6	O mäßig	halbheiter	+14,6
28. Abends 9	752,9	SO schwach	halbheiter [1]	+10,3
29. Morgs. 7	751,7	O mäßig	bedeckt	+10,3

[1] Gegen Abend Regen.

Am 28. April Wärme-Maximum + 15,1° Cels.
Am 28. = Wärme-Minimum + 1,6° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. April Morgens 1,44 Meter.
= = 28. = Mittags 1,44 =
= = 29. = Morgens 1,44 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 28. April. Schluß nachgebend.

Neue 3proz. Reichsanleihe 85,30, $3\frac{1}{2}$proz. L.-Pfandbr. 97,15, Konsol. Türken 19,90, Türk. Loose 78,50, 4proz. ung. Goldrente 93,50, Bresl. Diskontobank 94,50, Breslauer Wechslerbank 95,00, Kreditaktien 172,40, Schles. Bankverein 110,00, Donnersmarckhütte 80,25, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 118,25, Oberschles. Eisenbahn 54,90, Oberschles. Portland-Zement 82,50, Schles. Cement 114,25, Oppeln. Zement 86,50, Schles. Dampf. C. —,—, Kramsta 122,50, Schles. Zinkaktien 192,50, Laurahütte 110,40, Verein. Oelfabr. 84,50, Oesterreich. Banknoten 171,15, Russ. Banknoten 209,35, Giesel Cement 86,—.

Frankfurt a. M., 28. April. (Schlußkurse). Fest.

Lond. Wechsel 20,422, 4proz. Reichsanleihe 106,65, österr. Silberrente 80,85, $4\frac{1}{5}$proz. Papierrente 81,20, do. 4proz. Goldrente 94,70, 1860er Loose 125,10, 4proz. ungar. Goldrente 93,20, Italiener 88,80, 1880er Russen 93,40*, 3. Orientanl. 66,30*, unifiz. Egypter 97,70, konv. Türken 19,85, 4proz. türk. Anl. 84,60, 3proz. port. Anl. 26,80, 5proz. serb. Rente 80,30, 5proz. amort. Rumänier 97,70, 6proz. konsol. Mexik. 83,00, Böhm. Westb. $306\frac{3}{4}$, Böhm. Nordbahn 154,20, Franzosen $246\frac{3}{8}$, Galizier $182\frac{1}{8}$, Gotthardbahn 137,10, Lombarden $74\frac{1}{2}$, Lübeck-Büchen 146,00, Nordwestbahn $179\frac{1}{8}$, Kreditaktien $276\frac{1}{2}$, Darmstädter 138,90, Mitteld. Kredit 96,80, Reichsb. 147,50, Disk.-Kommandit 194,50, Dresdner Bank 141,60, Pariser Wechsel 81,175, Wiener Wechsel 170,47, serbische Tabaksrente 80,60, Bochum. Gußstahl 119,60, Dortmund. Union 57,00, Harpener Bergwerk 143,00, Hibernia 114,80, 4proz. Spanier 59,70, Mainzer 110,60.

Privatdiskont $1\frac{3}{4}$ Proz. * per comptant.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien $276\frac{3}{8}$, Disk.-Kommandit 194,50, Bochumer Gußstahl —,—, Harpener —,—, Lombarden —. Staatsbahn —,—, Nordd. Lloyd —,—, Türken —,—.

Petersburg, 28. April Wechsel auf London 97,45, Russ. II. Orientanleihe 102, do. III. Orientanleihe 103, do. Bank für auswärtigen Handel 257, Petersburger Diskontobank 514. Warschauer Diskontobank —,—, Petersb. internat. Bank 445, Russ. $4\frac{1}{2}$ proz. Bodenkredit-Pfandbriefe $148\frac{1}{2}$, Große Russ. Eisenbahn 246, Russ. Südwestbahn-Aktien $117\frac{1}{2}$. Privatdiskont —.

London, 28. April. (Schlußkurse.) Fest.

Engl. $2\frac{3}{4}$ proz. Consols $96\frac{1}{2}$, Preuß. 4 proz. Consols $105\frac{1}{2}$, Italien. 5proz. Rente $88\frac{7}{8}$, Lombarden $8\frac{3}{8}$, 4 proz. 1889 Russen (II. Serie) $93\frac{7}{8}$, konv. Türken $19\frac{5}{8}$, österr. Silberr. 80, österr. Goldrente 92, 4proz. ungar. Goldrente $92\frac{3}{4}$, 4prozent. Spanier $59\frac{1}{4}$, $3\frac{1}{2}$proz. Egypter $89\frac{7}{8}$, 4proz. unific. Egypter $97\frac{1}{2}$, 4 proz. gar. Egypter —, $4\frac{1}{4}$ proz. Tribut-Anl. $93\frac{3}{4}$, 6proz. Mexikaner $83\frac{1}{2}$, Ottomanbank $12\frac{1}{4}$, Suezaktien —,—, Canada Pacific $90\frac{3}{8}$, De Beers neue $13\frac{5}{8}$, Platzdiskont $1\frac{1}{4}$.

Rio Tinto $15\frac{7}{8}$, 4proz. Rupees $67\frac{7}{8}$, 5proz. Argent. Gold-Anleihe von 1886 $67\frac{3}{4}$, Argentin. $4\frac{1}{2}$proz. äußere Goldanleihe 37, Neue 3proz. Reichsanleihe $84\frac{1}{2}$, Silber $39\frac{7}{8}$.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,56, Wien 12,12, Paris 25,34, Petersburg $24\frac{3}{8}$.

Rio de Janeiro, 27. April. Wechsel auf London $11\frac{5}{8}$.

Buenos-Ayres, 27. April. Goldagio 236.

Produkten-Kurse.

Köln, 28. April. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loko 21,50, do. fremder loko 22,00, per Mai 19,30, per Juli 18,90. Roggen hiesiger loko 20,50, fremder loko 22,00, per Mai 19,30, per Juli 18,70. Hafer hiesiger loko 15,00, fremder —,—. Rüböl loko 56,00, per Mai 54,50, per Oktober 53,20. — Wetter: Veränderlich.

Bremen, 28. April. (Kurse des Effekten- u. Makler-Vereins, 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien $133\frac{1}{2}$ Gd., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien $103\frac{7}{8}$ Gd.

Bremen, 28. April. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,90 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl., loko $37\frac{1}{2}$ Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, April 37 Pf., Mai 37 Pf., Juni $37\frac{1}{2}$ Pf., Juli $37\frac{3}{4}$ Pf., August $38\frac{1}{4}$ Pf., Sept. $38\frac{1}{2}$ Pf.

Schmalz. Fest. Wilcox 35 Pf., Armour $34\frac{1}{2}$ Pf., Rohe & — Pf., Fairbank $30\frac{1}{4}$ Pf.

Wolle. 166 Ballen Cap, — Ballen Austral, 14 Ballen Kämml., 51 Ballen Buenos-Ayres, 22 Ballen Natal.

Speck short clear middl. Besser. $32\frac{3}{4}$.

Hamburg, 28. April. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holst. loko neuer 200—208. — Roggen loko ruhig, mecklenb. loko neuer 195—220, russ. loko ruhig, neuer 180—185. Hafer fest. Gerste ruhig. Rüböl (unverz.) ruhig, loko 55,00. — Spiritus ruhig, per April-Mai $29\frac{3}{8}$ Br., p. Mai-Juni $29\frac{1}{2}$ Br., per August-Septbr. $31\frac{1}{4}$ Br., per Sept.-Dez. $31\frac{1}{4}$ Br. — Kaffee fest. Umsatz 4000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loko 5,80 Br., per Aug.-Dezbr. 5,80 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 28. April. Zuckermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per April $12,82\frac{1}{2}$, per Mai $12,87\frac{1}{2}$, per August $13,37\frac{1}{2}$, p. Oktober 12,65. Ruhig.

Hamburg, 28. April. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per April $65\frac{1}{2}$, per Mai $64\frac{3}{4}$, per Sept. $63\frac{1}{4}$, per Dezbr. 62. Nahe Monate kaum behauptet, entfernte behauptet.

Pest, 28. April. Produktenmarkt. Weizen loko flau, per

Frühjahr 8,78 Gd., 8,82 Br., per Mai=Juni 8,71 Gd., 8,73 Br., p. Herbst 8,25 Gd., 8,27 Br. Hafer p. Frühjahr 5,50 Gd., 5,60 Br. Neu=Mais 4,91 Gd., 4,93 Br. Kohlraps 12,25 Gd., 12,35 Br. — Wetter: Regen.

Paris, 28. April. (Schlußbericht.) Rohzucker ruhig, 88 Prozent loko 36,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilo p. April 36,50, p. Mai 36,62½, p. Mai=August 37,87½, per Oktbr.=Jan. 35,25.

Paris, 28. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, p. April 23,80, p. Mai 23,90, p. Mai=August 24,20, p. Sept.=Dezbr. 24,60, Roggen ruhig, p. April 17,50, p. Sept.=Dez. 16,00. Mehl ruhig, p. April 50,60, p. Mai 51,10, p. Mai=August 52,10, p. Sept.=Dezbr. 53,70. Rüböl träge, p. April 53,00, p. Mai 53,75, pr. Mai=August 53,75, p. Septbr.=Dezbr. 55,75. — Spiritus fest, per April 43,00, p. Mai 43,50, p. Mai=August 43,75, p. Sept.=Dez. 40,50. — Wetter: Bedeckt.

Havre, 28. April. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Mai 86,50, p. Sept. 81,50, p. Dezember 80,25. Behauptet.

Havre, 28. April. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß unverändert.

Rio 5 000 Sack, Santos 10 000 Sack, Recettes für gestern.

Amsterdam, 28. April. Getreidemarkt. Weizen p. Mai 206, p. Nov. 212. Roggen p. Mai 185, p. Oktober 166.

Amsterdam, 28. April. Java=Kaffee good ordinary 52

Amsterdam, 28. April. Bancazinn 56.

Antwerpen, 28. April. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste matt.

Antwerpen, 28. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14 Br., p. April — Br., p. Mai 13⅞ Br., p. Sept.=Dez. 14 Br. Ruhig.

Antwerpen, 28. April. (Telegr. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata=Zug, Type B., p. Mai 4,57½, entfernte Termine 4,80 Käufer.

London, 28. April. 96 pCt. Javazucker loko 15½ ruhig, Rüben=Rohzucker loko 12⅞ ruhig.

London, 28. April. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Naßkalt.

London, 28. April. Chili=Kupfer 45½, per 3 Monat 46.

Glasgow, 28. April. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 41 sh. Käufer, 41 sh. 3 d. Verkäufer.

Liverpool, 28. April. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 7000 Ballen.

Liverpool, 28. April, Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 7000 B., davon für Spekulation u. Export 800 Ballen. Amerikaner fest, $^1/_{16}$ höher, Surats träge.

Middl. amerikan. Lieferungen: April=Mai $3^{51}/_{64}$ Käuferpreis, Mai=Juni $^{13}/_{64}$ Verkäuferpreis, Juni=Juli $3^{27}/_{32}$ Käuferpreis, Aug.=Sept. $3^{59}/_{64}$ do., Sept.=Okt. $3^{31}/_{32}$ do., Okt.=Nov. 4 d. do.

Liverpool, 28. April. (Offizielle Notirungen.) Amerikaner good ordinary 3½, do. low middling $3^{11}/_{16}$, Amerikaner middling 3⅞, middling fair $4^5/_{16}$, Pernam fair $4^3/_{16}$, do. good fair 4½, Ceara fair $4^3/_{16}$, do. good fair $4^7/_{16}$, Bahia fair —, Maceio fair $4^3/_{16}$, Maranham fair $4^3/_{16}$, Egyptian brown fair 4¼, do. d. good fair 4½, do. do. good 4⅞, do. do. white fair 4½, do. do. good fair 4⅝, do. do. good 5, M. G. Broach good $3^5/_{16}$, do. fine $3^{11}/_{16}$, Dhollerah fair 2¾, do. good fair 3, Dhollerah good 3¼, do. fine $3^9/_{16}$, Oomra fair $2^3/_{16}$, do. good fair $3^1/_{16}$, do. good $3^5/_{16}$, do. fine $3^9/_{16}$, Scinde good fair —, do. good 3, Bengal good fair $2^{11}/_{16}$, do. good 3, do. fine 3⅜, Madras, Tinnivelly, fair $3^3/_{16}$, do. do. good fair 3⅜, do. do. good $3^{11}/_{16}$, do. Western fair 2⅝, do. do. good fair $2^{15}/_{16}$, do. do. good $3^3/_{16}$, Peru rough fair —, do. do. good fair 6⅝, do. do. good 6⅞, do. moder. rough fair 5⅜, do. do. do. good fair 5⅞, do. do. do. good 6⅜, do. smooth fair $3^{15}/_{16}$, do. do. good fair $4^3/_{16}$.

Newyork, 28. April. (Anfangskurse.) Petroleum Pipeline certificates per Mai 56⅜. Weizen per Juli 90¾.

Newyork, 27. April. Waarenbericht. Baumwolle in New=York 7¼, do. in New=Orleans 6⅞. Raff. Petroleum Standard white in New=York 6,10 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,05 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,40, do. Pipeline Certificates per Mai 56⅜. Ziemlich fest. Schmalz loko 6,52, do. Rohe u. Brothers 6,97. Zucker (Fair refining Muscovad.) 2¾. Mais (New) p. Mai 47¾, p. Juni 46, p. Juli 46¼. Rother Winterweizen loko 100. — Kaffee Rio Nr. 7, 13. — Mehl (Spring clears) 3 D. 55 C. Getreidefracht 2. Kupfer 12,—. Rother Weizen p. April 96½, p. Mai 91½, p. Juni 90⅞, p. Juli 91. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Mai 12,22, p. Juli 11,87.

* eröffnete 56⅝.

Weizen eröffnete träge auf Verkäufe von Platzspekulanten, besserte sich sodann auf Zunahme der Hausseespekulation, sowie auf Käufe des Auslandes und auf Bradstretsberichte. Schluß fest.

Mais steigend auf lebhaftes Eingreifen der Hausse.

Chicago, 27. April. Weizen p. Mai 81, p. Juni 81¼. Mais per Mai 41¼. Speck short clear 6,05. Pork p. Mai 9,60.

Weizen einige Zeit nach Eröffnung steigend auf bessere telegraphische Berichte und auf Abnahme der Vorräthe, später infolge reicher Angebote träge.

Mais einige Zeit steigend nach Eröffnung, später Reaktion. Schluß träge.

Berlin, 29. April. Wetter: Schön.

Newyork, 28. April. Weizen per April 94½ C., per Mai 90½ C.

Fonds= und Aktien=Börse.

Berlin, 28. April. Die heutige Börse eröffnete in festerer Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet; wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen günstiger lauteten.

Das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen lebhafter, und bei belangreichen Deckungskäufen blieb die Tendenz Anfangs stärkend; weiterhin trat infolge von Realisationen eine kleine Abschwächung ein, doch blieb auch weiterhin unter kleiner Schwankung die Stimmung fest bis zum Schluß.

Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Gesammthaltung für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen. Reichs= und Preußische konsolidirte Anleihen behauptet, nur dreiprozentige schwächer. Fremde, festen Zins tragende Papiere ziemlich fest; Italiener etwas besser.

Der Privatdiskont wurde mit 1⅝ Prozent notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu höherer Notiz ziemlich lebhaft um: Franzosen und andere österreichische Bahnen wenig verändert und ruhig, Lombarden schwächer; Warschau = Wien anziehend; Schweizerische und Italienische Bahnen Anfangs fester, schließlich etwas abgeschwächt.

Inländische Eisenbahnaktien recht fest und namentlich Ostpreußische Südbahn und Marienburg=Mlawka belebt und steigend.

Bankaktien fest; die spekulativen Devisen, besonders Diskonto=Kommandit=, Berliner Handelsgesellschafts=Antheile und Aktien der Deutschen Bank höher und belebt.

Industriepapiere fest, theilweise wie Aktien von Brauereien, Maschinenfabriken, etwas lebhafter; Montanwerthe gleichfalls fest und mäßig belebt.

Produkten-Börse.

Berlin, 28. April. In Newyork war der Weizenmarkt gestern fest. An der hiesigen Frühbörse war heute die Haltung wegen des günstigeren Wetters schwach. An der Börse selbst befestigte sich die Haltung. Weizen in stillem Geschäft zu etwas billigeren Preisen. Für Roggen lagen zahlreichere Deckungsordres vor; die Preise schwankten bei lebhafteren Umsätzen auf einem etwas erhöhten Niveau. 1000 Last russischer Roggen vom Transitolager in Rotterdam werden für die Firma Brandt nach Petersburg zurückverschifft. Hafer bei stillem Geschäft behauptet. Roggenmehl still, aber in fester Haltung. Rüböl gut behauptet. Spiritus. Loko 30 Pf. höher. Termine wurden bei stillem Geschäft ebenfalls etwas besser bezahlt.

Nach Schluß des offiziellen Verkehrs zog Roggen noch erheblich im Werthe an, konnte dann aber den höchst erreichten Preis nicht voll behaupten.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) p. 1000 Kg. Loko gut behauptet. Termine schwankend. Gekünd. 550 Tonnen. Kündigungspreis 188,5 Mk. Loko 186—217 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 191 Mk., per diesen Monat und per April=Mai 189—188,5—189 bez., per Mai=Juni 188,25—188,75—188—188,5 bez., per Juni=Juli 187,5—188—187,25—187,75 bez., per Juli=August 184,75—185,5 bez. Kündig.=Schein vom 20. April 185,5 M. verkauft.

Roggen per 1000 Kilogr. Loko in besserer Frage. Termine höher. Gek. 100 Tonnen. Kündigungspreis 192 Mk. Loko 187 bis 196 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 194 Mk., ausländ. mittel 190—192 ab Boden und frei Wagen bez., per diesen Monat —, per April=Mai 192—194,25 bez., per Mai=Juni 184,75—186 bis 185,25—187 bez., per Juni=Juli 179,75—180,75—180,25—181,5 bez., per Juli=August 168,5—169,5—169—170,5 bez., per Septbr.=Oktober 163—163,5 bez., 164,5 Geld.

Gerste per 1000 Kilo. Geschäftslos. Große und kleine 140 bis 190 M. nach Qual., Futtergerste 140—155 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko fest. Termine still. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Mark. Loko 145—172 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 151 M. Pomm. mittel bis guter 151 bis 163, feiner 166—170, schles. mittel bis guter 150—163, feiner 165—168 ab Bahn, Boden und frei Wagen bez., per diesen Monat —, per April=Mai und per Mai=Juni 147,5 bez., per Juni=Juli 148,25 bez., per Juli=August 144 M.

Mais per 1000 Kilo. Loko still. Termine still. Gekündigt 50 To. Kündigungspreis 114,25 Mark. Loko 117—122 Mk. nach Qual., per diesen Monat —, per April=Mai 114 bez., per Mai=Juni —, per Juni=Juli —, per Juli=August —, per September=Oktober —.

Erbsen p. 1000 Kilo Kochwaare 190—240 M., Futterwaare 163—170 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine höher. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat —, per April=Mai 25,85—26 bez., per Mai=Juni 25,65—25,80 bez., per Juni=Juli 25,45—25,60 bez., per Juli=August —, per. Septbr.=Oktober —.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß. Fester. Gekünd. 300 Ztr. Kündigungspreis 53,6 M. Loko mit Faß —, per diesen Monat —, per April=Mai 53,7 M., per Sept.=Oktbr. 51,8—52 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Loko 32,50 M. — Feuchte dal. p. loko 18,60 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Loko 32,50 M.

Petroleum (Raffinirtes Standard white) p. 500 Kilogr. mit Faß in Posten von 100 Ztr. Termine—. Gekündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Loko —, per diesen Monat — M., per März=April —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis —,— M. Loko ohne Faß 60,9 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gekündigt —,— Liter. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 41,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, p. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 Mk. Verbrauchsabgabe. Fest und höher. Gekünd. — Liter. Kündigungspreis —,— Mk., per diesen Monat und per April=Mai 40,4—40,7 bez., per Mai=Juni 40,5—40,8 bez., per Juni=Juli 41,1—41—41,3 bez., per Juli=August 41,8—42 bez., per August=Sept. 42,2—42,1—42,4 bez., per Septbr.=Oktober 40,7 bis 41,2 bez., per Okt.=Nov. 39,4—39,6 bez., per Nov.=Dez. —.

Weizenmehl Nr. 00 28,5—26,00, Nr. 0 25,75—24,00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 26,25—25,25 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 28,75—26,25 bez., Nr. 0 1½ Mk. höher als Nr. 0 1 und per 100 Kilogr br. inkl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl = 2 M. 10. Do M 1. Rub = 3 M. 2 1 fl W. = 12 südd. W.österr. = 2 M Pf., 1 fl. fl. holl. W. 1 M. 70 Rf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 28 April.

Amsterdam	3	8 T.	168,00 G.
London	2½	8 T.	20,42 bz G.
Paris	3	8 T.	81,15 bz
Wien	4	8 T.	170,60 bz
Petersburg	6	3 W.	208,90 bz
Warschau	5½	8 T.	209,00 bz

In Berlin 3, Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1⅝ G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,38 bz
20 Francs-Stück	16,23 bz
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,40 G.
Franz. Not. 100 Frcs.	81,20 bz
Oestr. Noten 100 fl.	170,70 bz
Russ. Noten 100 R.	209,35 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche R.-Anl.	4	106,75 B.
do. do.	3½	99,80 bz G.
do. do.	3	85,40 bz G.
Prss. cons. Anl.	4	106,60 G.
do. do.	3½	99,80 bz G.
do. do.	3	85,40 bz G.
do. Scrips, int.	3	85,30 G.
Sts.-Anl 1868	4	101,40 bz
Sts-Schld-Sch.	3½	100,00 G.
Berl. Stadt-Obl	3½	97,00 G.
do. do. neue	3½	97,00 G.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	93,90 B.
Pfandbriefe: Berliner	5	113,25 bz G.
do.	4½	111,50 G.
do.	4	104,30 G.
do.	3½	98,40 G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	96,20 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3½	96,50 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	95,00 bz
Pommer.	3½	96,40 B.
do.	4	101,10 G.
Posensch.	4	101,70 B.
do.	3½	95,60 B.
Schls. altl.	3½	97,10 G.
do. do.	4	
ldschl. Lt. A.	3½	97,10 G.
do.	4	
do. do. neu	3½	97,10 G.
do. do. I. II.	4	97,10 G.
Wstp. Rittr	3½	95,30 bz G.
do. neul. II.	3½	95,30 bz G.
Renten: Pommer.	4	102,70 bz
Posensch.	4	102,70 G.
Preuss.	4	102,60 bz
Schles.	4	102,60 bz
Bad. Eisenb.-A.	4	104,00 G.
Bayer. Anleihe	4	106,50 G.
Brem. A. 1890	3½	96,60 bz
Hmb. Sts. Rent.	3½	97,60 bz
do. do. 1886	3	84,00 G.
do. amort Anl.	3½	
Sächs. Sts. Anl.	3½	99,00 G.
do. Staats-Rnt	3	86,30 G.
Prss. Präm-Anl.	3½	163,50 bz G.
H. Pr.-Sch. 40 T.	—	
Bad.-Präm.-An.	4	136,00 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	139,80 bz

Brnsch. 20. T.-L.	—	104,80 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	135,00 B.
Dess. Präm.-A.	3½	142,00 G.
Ham. 50 T.-L.	3	134,10 bz
Löb. 50 T.-L.	3½	130,00 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	27,90 G.
Oldenb. Loose	3	128,90 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	43,75 bz
do. do.	5	44,90 bz
Bukar. Stadt-A.	5	
Buen. Air. G.-A.	5	34,30 bz G.
Chines. Anl.	5½	103,20 B.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	
Egypt. Anleihe	3	
do. do.	4	
do. 1890	3½	90,00 bz
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	57,10 G.
Griech. Gold-A	5	63,80 bz G.
do. cons. Gold	4	49,30 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	56,90 bz G.
Italien. Rente	5	89,10 bz
Kopenh. St.-A.	3½	91,10 bz G.
Lissab. St. A. I. II.	4	51,00 B.
Mexikan. Anl.	6	84,60 bz
Mosk. Stadt-A.	5	65,60 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	92,75 bz
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	95,00 B.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	81,25 G.
do. do.	5	86,20 B.
do. Silb.-Rent.	4⅕	80,90 bz
do. 250 Fl. 54.	4	
do. Kr. 100 (58)	—	334,00 B.
do. 1860er L.	5	125,20 bz
do. 1864er L.	—	320,50 bz
Poln. Pf-Br. I-V	5	66,10 bz
do. Liq.-Pf.-Br.	4	63,10 G.
Portugies. Anl. 1888—89	4½	43,60 bz G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,80 B.
Röm. Stadt-A.	4	85,40 bz B.
do. II. III. VI.	4	79,20 G.
Rum. Staats-R.	4	82,00 bz G.
do. do. Rente	4	82,00 bz G.
do. do. fund.	5	101,50 B.
do. do. amort.	5	97,80 bz
Rss. Engl. A. 1822 (1 Pfd. St. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	80,25 bz
do. 1880	4	93,70 bz
do. 1887		
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	103,70 G.
do. 1884 stpfl.	5	101,30 G.
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	66,40 G.
III. Orient 1879	5	66,50 bz G.
Nikolai-Obl.	4	
Pol. Schatz-O.	4	92,20 bz
Prä.-Anl. 1864	5	153,00 bz
do. 1866	5	142,10 G.
Bodkr.-Pfdbr.	5	101,50 B.
do. neue	4½	96,40 bz G.
Schwedische	3½	
Schw. d. 1890	3½	93,90 B.
do. 1888	3	84,30 bz G.
Schw. Hyp.-Pf.	4½	102,60 G.
Serb. Gld-Pfdb.	5	86,10 G.
do. Rente	5	80,60 bz G.
do. neue 85	5	80,80 bz G.
Stockh. Pf. 85	4½	101,40 G.
do. St.-Anl. 80	4	99,90 G.
Span. Schuld	4	59,75 G.
Türk. A. 1865 in Pfd. Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	29,30 G.
do. do. C.	1	19,85 bz G.
do. Consol. 90	4	74,50 bz
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L.	—	78,40 bz
do. EgTrib-Anl	4¼	95,75 bz
Ung. Gld-Rent.	4	93,40 G.
do. Gld.-Inv.-A.	5	102,60 bz G.
do. do. do.	4½	101,60 bz G.
do. Papier-Rnt.	5	86,00 bz
do. Loose	—	257,90 bz
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	105,90 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	62,00 G.
Altenbg.-Zeitz	—	185,25 bz
Crefelder	4⅘	98,25 bz G.
Crefld-Uerdng	—	55,00 bz G.
Dortm.-Ensch.	—	101,00 bz B.
Eutin-Lübeck	—	45,10 bz
Frnkf.-Güterb.	4½	78,25 bz
Ludwsh.-Bexb.	—	222,00 bz
Lübeck-Büch.	—	147,90 bz
Mainz-Ludwsh	—	114,50 B.
Marnb.-Mlawk.	—	60,50 bz G.
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,63 bz G.
Ostpr. Südb.	—	77,90 bz
Saalbahn	—	28,80 bz G.
Stargr.-Posen	4½	102,00 bz
Weimar. Gera	—	18,25 bz G.
Werrabahn	—	74,40 bz G.
Albrechtsbahn	1	38,20 bz
Aussig-Teplitz	—	405,50 G.
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	197,60 bz
Canada Pacifb.	—	85,90 bz
Dux-Bodenb.	—	
Galiz. Karl-L.	4	91,25 B.
Graz-Köflach	4	114,60 G.
Kaschau-Od.	4	76,75 bz
Kronpr. Rud.	4¾	88,00 bz
Lemberg-Cz.	7	104,90 B.
Oestr. Staatsb.	—	
do. Lokalb.	—	76,50 bz G.
do. Nordw.	4¾	89,10 G.
do. Lit. B. Elb.	—	103,10 B.
Raab-Oedenb.	—	24,80 bz G.
Reichenb.-P.	3,81	79,00 bz
Südöstr. (Lb.)	0,8	41,30 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	3	64,75 bz
Donetzbahn	5	96,25 bz
Ivang. Domb.	5	99,00 bz
Kursk-Kiew	12,66	185,00 bz
Mosco-Brest	3	66,40 bz
Russ. Staatsb.	6,56	128,60 bz
do. Südwest.	5,93	76,90 bz
Warsch-Teres	5	100,50 G.
do. Wien.	—	220,75 G.
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd.	—	
Gotthardbahn	—	140,25 bz
Ital. Mittelm.	5½	94,00 bz G.
Ital. Merid.-Bah	7⅕	123,40 bz B.
Lüttich-Lmb.	—	19,25 bz B.
Lux. Pr. Henri	—	59,00 bz G.
Schweiz. Centr	—	132,90 bz
do. Nordost	—	114,75 bz G.
do. Unionb.	—	69,30 B.
do. Westb.		
Westsicilian.	—	

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm-Colberg	4⅘	110,00 bz G.
Bresl-Warsch.	—	46,60 bz
Czakat.-St.-Pr.	—	103,10 bz
Dux-BodnbAB.		
Paul-Neu-Rup.	5	
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron.	—	112,50 G.
Marienb Mlawk	—	105,50 bz G.
Mecklb. Südb.	—	22,50 bz G.
Ostpr. Südbah	—	108,90 bz B.
Saalbahn	—	98,30 bz
Weimar-Gera	—	84,10 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Berg-Märkisch	3½	98,20 bz
Berl. Potsd.-M.	4	
BrslSchwFrbH		
Bresl.-Warsch	5	
Mz Ludwh 68/9	4	102,75 G.
do. 90	3½	96,50 bz B.
Oberschl. Lit. B	3½	
do. Lit. E.	3½	
do. Em. v. 1879		
do Niedrs Zwg	3½	
do (StargPos)	4	
OstprSüdb I-IV	4½	
Rechte Oderuf		
Albrechtsb gar	5	
BuschGold-Ob	4½	103,75 G.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	107,60 G.
do.	4	100,20 G.
Franz.-Josefb.	4	82,75 B.
Gal KLudwg. g.	4½	85,60 bz G.
do. do. 1890	4	81,00 bz G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	
Kronp Rudolfb	4	82,10 bz G.
do. Salzkammg	4	100,60 B.
Lmb Czernstfr	4	79,40 B.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g	3	84,30 bz
do. Staats-I. II	5	107,00 bz
do. Gold-Prio.	4	100,90 bz
do. Lokalbahn	4½	84,60 G.
do. Nordwestb	5	91,75 B.
do. NdwB. G.-Pr	5	106,70 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	90,60 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	68,30 bz G.
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	
do. Gold-Prior.	5	
Südöst. B. (Lb.)	3	60,25 bz B.
do. Obligation.	5	103,75 G.
do. Gold-Prior.	4	95,60 bz G.
Baltische gar.	5	
Brest-Grajewo	5	94,50 bz G.
Gr. Russ. Eis. gar.	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	96,60 G.
Kozlow-Wor. g.	4	85,40 bz
do. 1889	4	87,30 bz
do. Chark. As. (O)	4	86,60 bz
do. (Oblig.) 1889	4	88,50 bz
Kursk-Kiewconv	4	87,25 bz
Losowo-Sebast.		
Mosco-Jareslaw		
do. Kursk gar.		85,60 B.
do. Rjäsan gar.	4	88,10 G.
do. Smolensk g.	5	98,50 bz
Orel-Griasy conv	4	86,50 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Koslow g	4	87,00 bz G.
Rjaschk-Moroz g	5	98,60 bz
Rybinsk-Bolog.	5	90,25 bz G.
Schuja-Ivan. gar.	5	
Südwestb. gar.	4	89,70 bz
Transkaukas. g.	3	75,30 G.
Warsch.-Ter. g.	5	99,50 G.
Warsch-Wien n.	4	96,20 bz
Wladikawk. O. g.	4	
Zarskoe-Selo	5	88,80 G.
Anatol. Gold-Obl.	5	84,80 bz G.
Gotthardbahncv.	4	103,30 B.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	55,20 bz G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	81,25 bz G.
do. Lit. B.	5	79,75 bz G.
Süd. Ital. Bahn	3	
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	97,60 bz G.
Northern Pacific	6	114,60 bz G.
San Louis-Franc.	6	106,30 G.
Southern Pacific	6	

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	111,80 G.
do. do. II.	3½	108,10 bz G.
do. do. III. abg.	3½	98,10 G.
do. do. IV. abg.	3½	98,00 G.
do. do. V. abg.	3½	93,10 bz G.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	111,00 G.
do. do.	4	101,60 bz G.
do. do.	3½	93,90 G.
Hmb. Hyp. Pf. (rz. 100)	4	100,40 bz
do. do. (unkündbar bis 1./1. 1900)	4	102,90 bz
do. do. (rz. 100)	3½	92,75 bz
Meininger Hyp-Pfdbr.	4	100,70 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	127,40 bz
Pomm. Hypoth.-Akt.-B.-Pfandbr. III. u. VI.	4	101,60 bz G.
PrB.-Grunkb. (rz 110)	5	113,75 bz
do. Sr. III. V. VI. (rz 100)	5	107,70 bz
do. do. (rz. 115)	4½	115,10 G.
do. do. X. (rz. 110)	4½	110,75 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,60 bz G.
Pr. Centr.-Pf. (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	94,00 bz G.
do. do. kündb.	4	
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	
Pr. Hyp.-Bk. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	101,70 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,00 bz G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,70 bz G.
do. do. do.	3½	94,10 bz G.
Schles. B.-Cr (rz. 100)	4	100,80 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	93,90 G.
Stettin, Nat.-Hyp.-Cr.	5	
do. do. (rz. 110)	4½	103,75 B.
do. do. (rz. 110)	4	100,50 bz G.
do. do. (rz. 100)	4	100,25 G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	3	62,50 G.
Berl. Cassenver.	7¼	131,25 bz
do. Handelsges.	9½	140,80 bz
do. Maklerver.	11	127,75 G.
do. Prod-Hdbk.	—	118,10 G.
Börsen-Hdlsver.	11	155,50 bz G.
Bresl. Disc.-Bk.	6	94,75 bz G.
do. Wechslerbk.	6	95,30 G.
Danz. Privatbank	8¼	
Darmstädter Bk.	9	139,00 bz B.
do. do. Zettel	4½	101,50 G.
Deutsche Bank	10	160,60 B.
do. Genossensch.	7	119,90 B.
do. Hp. Bk. 60 pCt.	6½	112,75 G.
Disc.-Command.	11	194,10 bz
Dresdener Bank	10	141,00 bz G.
Gothaer Grundcreditbank	0	88,50 bz B.
Internat. Bank	6	103,00 G.
Königsb. Ver.-Bk	4	97,00 B.
Leipziger Credit	12	162,75 bz G.
Magdeb. Priv.-Bk	6½	104,30 G.
Maklerbank	11½	122,50 G.
Mecklenb.-Hyp. u. Wechs.	8	131,55 bz G.
Meininger Hyp.-Bank 60 pCt.	5	103,50 bz G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	6	96,75 bz G.
Nationalbk. f. D.	6½	116,90 bz
Nordd. Grd.-Crd.	0	81,75 G.
Oester. Credit-A.	10⅝	172,50 bz
Petersb. Disc.-Bk	16	
do. Intern. Bk.	12.1	
Pom. Verz.-Akt.	6	110,50 G.
Posen. Prov.-Bk.	6½	102,10 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	125,60 G.
do. Cnt-Bd. 60 pCt	10	
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6½	121,00 G.
do. Hyp.-V. A.-G. 25 pCt.	8	102,80 G.
do. Immob.-Bank 80 pCt.	13	278,00 G.
do. Leihhaus	8	89,60 G.
Reichsbank	8.81	147,75 bz G.
Russische Bank	7	66,50 bz
Schles. Bankver.	7	109,80 G.
Warsch Comrzb.	10	
do. Disconto	8,9	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	9	131,90 G.
Anglo Ct. Guano	—	
Bauges. Berl.-Charl.	—	150,10 bz G.
Bauges. City St.-Pr.	—	
Bauges. Dtsche. Bau.	3	79,00 bz G.
Bauges. Hann. St.-P.	—	79,60 bz G.
Bauges. Humb.	6	127,50 B.
Moabit	—	133,00 G.
Passage	3½	67,00 G.
U. d. Linden	0	13,50 G.
Berl. Elektr-W.	9	146,00 bz G.
Berl. Lagerhof	0	81,10 bz G.
do. do. St.-Pr.	—	113,00 G.
Ahrens Br., Mbt	0	54,50 G.
Berl. Bock-Br.	0	54,90 bz
Schultheiss-Br	16	242,75 bz
Bresl. Oelw.	10	85,90 B.
Deutsch. Asph.	4	78,10 G.
Dynamit Trust	11	135,25 G.
Erdmannsd. Sp	—	90,10 bz G.
Fraust. Zucker	0	67,00 G.
Glauz. do.	8⅔	127,30 bz
Gummi Harbg.-Wien	20	251,25 G.
do. Schwanitz	0	163,00 bz G.
do Voigt Winde	—	
do. Volpi Schlüt	5	94,63 G.
Hemmoor Cem	—	86,00 bz B.
Köhlm. Strk.	14	
Körbisdf. Zuck.	8	112,00 G.
Löwe & Co.	18	239,00 bz
Bresl. Linke	—	151,00 bz G.
do. Hofm.	—	
Germ-Vrz.-Akt	6	83,00 bz G.
Görlitz cv.	10	124,00 G.
Görl. Lüdr.	13	153,00 bz G.
Grusonwrk.	10	141,00 bz G.
H. Paucksch.	0	
Schwarzkopff.	18	237,75 bz G.
Stettin. Vulk.-B	—	111,75 G.
Sudenburg	24	288,90 G.
O.-Schl. Cham.	10	91,00 G.
do. Portl.-Cem	5½	82,25 G.
Oppeln Cem-F.	5½	85,50 bz G.
do. (Giesel)	—	85,00 bz B.
Gr. Berl. Pferdb	12½	225,75 G.
Hamb. Pferdeb	—	193,75 G.
Potsd. cv. Pfdrb	—	94,75 bz G.
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zuck.	—	60,00 B.
Schles. Cem.	—	116,50 bz G.
Stett Bred. Cem	—	
do. Chamott.	—	186,00 G.
Bgw. u. H.-Ges.:		
Aplerbecker	—	122,90 G.
Berzelius	—	125,00 bz G.
Bismarckhütte	8	123,50 G.
Boch Gussst-F.	6½	119,90 bz B.
Donnersmrck	—	74,50 G.
Dortm. St-Pr. A	2	57,75 bz B.
Gelsenkirchen	12	130,50 bz
Hibernia	12	115,00 bz B.
Hörd St.-Pr.-A.	1½	40,25 bz G.
Inowrazl. Salz	—	35,80 bz B.
König u. Laura	8	110,25 bz
Lauchham. cv.	10	112,25 B.
Louis. Tief St Pr	14	113,25 G.
Oberschl. Bd.	—	55,00 bz B.
do. Eisen-Ind.	—	122,50 bz G.
Redenh. St.-Pr.	0	32,30 bz G.
Riebeck. Mont.	15	164,60 G.
Schles. Kohlw.	0	27,50 bz G.
do. Zinkhütt.	—	192,75 G.
do. do. St.-Pr.	—	192,75 bz G.
Stolb. Zk.-H.	—	47,90 bz G.
do. St.-Pr.	—	111,90 G.
Tarnowitz cv.	—	
do. do. St.-Pr.	6	23,90 bz

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.